

Soziale Ungleichheit und Brexit – Ergebnisse der April- und Mai-Umfragen des Ökonomenpanels 2016

64

Kai Jäger, Manuela Krause und Niklas Potrafke

In der April-Umfrage des Ökonomenpanels von ifo und FAZ wurden Professoren für Volkswirtschaftslehre an deutschen Universitäten zur gegenwärtigen Ungleichheitsdebatte befragt. Im Mai stand der mögliche Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union im Mittelpunkt der Befragung.

Fragen und Ergebnisse der April-Umfrage

Die Einkommens- und Vermögensungleichheit ist in den vergangenen Monaten häufig in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Die Experten sind sich nicht einig, ob die Ungleichheit in Deutschland in den zurückliegenden Jahren tatsächlich zugenommen hat. Aus dem jüngsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung geht hervor, dass sich die Einkommensverteilung – gemessen am Gini-Koeffizienten – seit der Jahrtausendwende kaum verändert hat. Allerdings hat sich seitdem die Verteilung des Privatvermögens deutlich zugunsten der vermögensstärksten 10% der Haushalte verschoben, so dass die Vermögensungleichheit zugenommen hat. Die Ökonomen wurden daher sowohl zur Einkommens- als auch zur Vermögensungleichheit befragt. Die Rücklaufquote betrug 31,9%. 88,6% der Teilnehmer beantworteten dabei den Fragebogen vollständig.

Eine absolute Mehrheit von 63% der Teilnehmer ist der Meinung, dass die Einkommensungleichheit in Deutschland seit

der Jahrtausendwende zugenommen hat. 21% stimmen dieser Aussage nicht zu; 16% sind sich unsicher (vgl. Abb. 1).

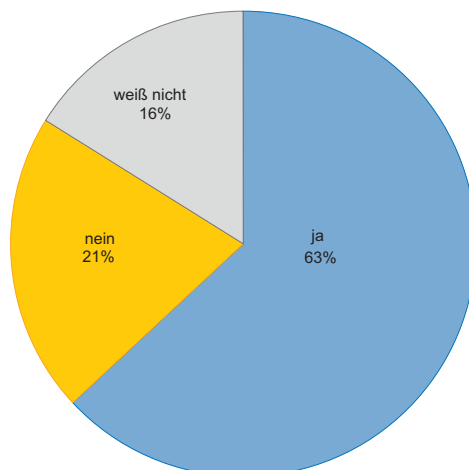
Befragt zu den Gründen für eine mögliche Zunahme der Einkommensungleichheit, nennen die Teilnehmer vor allem die Globalisierung (60%) sowie den Arbeitsmarkt (52%) als entscheidende Faktoren (bei dieser Frage waren Mehrfachnennungen möglich, vgl. Abb. 2.). Die Zuwanderung als möglicher Grund wird dagegen nicht als übermäßig relevant erachtet (13%). Einige Teilnehmer betonten zudem die Wirkung des technologischen Wandels, der höherqualifizierten Arbeitnehmern bessere Einkommenschancen beschert als Geringqualifizierten.

Die Ökonomen wurden weiterhin zu ihrer generellen Einschätzung zu den ökonomischen Folgen von Einkommensungleichheit befragt. Dabei konnten sie auf einer zehnstufigen Skala zwischen einer vollen Zustimmung (0) bis hin zu einer generellen Ablehnung (10) der vorhandenen Aussagen wählen. Die Antworten der Teilnehmer fielen dabei in allen Fällen ausgeglichen aus. Der Mittelwert zur Aussage, dass große Einkommensunterschiede die wirtschaftliche Entwicklung hemmen, liegt bei 4,82. Die Aussage, dass große Einkommensunterschiede dagegen als Anreiz für individuelle Leistung ökonomisch gut sind, erreichte im Vergleich einen Mittelwert von 5,19. Die Unterschiede in den Mittelwerten sind allerdings nicht statistisch signifikant.

Zur Verbesserung der ökonomischen Situation der unteren Einkommensgruppen halten die befragten Ökonomen insbesondere Investitionen in Bildung für ausschlaggebend. 90% der Teilnehmer sehen bei dieser Maßnahme starke bzw. eher positive Effekte zur Verbesserung der ökonomischen Situation der unteren Einkommensgruppen. Auch eine verbesserte Umverteilung durch eine progressive Besteuerung wird als positiv

Abb. 1
Einkommensungleichheit in Deutschland seit der Jahrtausendwende

Hat die Einkommensungleichheit in Deutschland seit der Jahrtausendwende zugenommen?

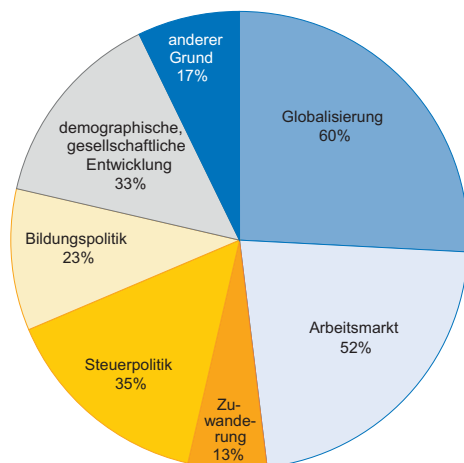


Quelle: Ökonomenpanel April 2016.

Abb. 2

Gründe für Einkommensungleichheit seit der Jahrtausendwende

Falls Sie der Meinung sind, dass die Einkommensungleichheit seit der Jahrtausendwende zugenommen hat, was sind Ihrer Meinung nach die Gründe? Mehrfachnennungen sind möglich



Quelle: Ökonomenpanel April 2016.

bewertet (61%). Eine Erhöhung der Sozialhilfe bzw. des Arbeitslosengeldes wird dagegen negativ gesehen. So sind 41% der Teilnehmer der Ansicht, dass von dieser Maßnahme starke bzw. eher negative Effekte ausgehen (vgl. Abb. 3).

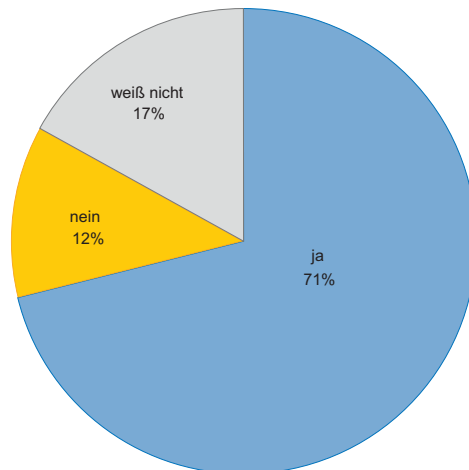
Die Ökonomen wurden weiterhin zur Vermögensungleichheit befragt. Auch hier stimmt eine absolute Mehrheit von 71% der Teilnehmer zu, dass die Vermögensungleichheit seit der Jahrtausendwende zugenommen hat. 12% stimmen dieser Aussage nicht zu; 17% sind sich unsicher (vgl. Abb. 4).

Befragt zur gegenwärtigen Vermögensungleichheit in Deutschland, beurteilen 61% der Teilnehmer diese als hoch

Abb. 4

Vermögensungleichheit in Deutschland seit der Jahrtausendwende

Hat die Vermögensungleichheit in Deutschland seit der Jahrtausendwende zugenommen?



Quelle: Ökonomenpanel April 2016.

bzw. sehr hoch. 37% der Teilnehmer bezeichnen die Vermögensungleichheit in Deutschland dagegen als »mittel«.

Im Vergleich zu anderen Ländern wird die Vermögensungleichheit in Deutschland allerdings als niedrig eingeschätzt. Dies gilt insbesondere bei einem Vergleich mit den USA (61%) oder Großbritannien (43%). Gegenüber anderen Ländern der Eurozone wird die Vermögensungleichheit in Deutschland vornehmlich als mittel beurteilt (56%).

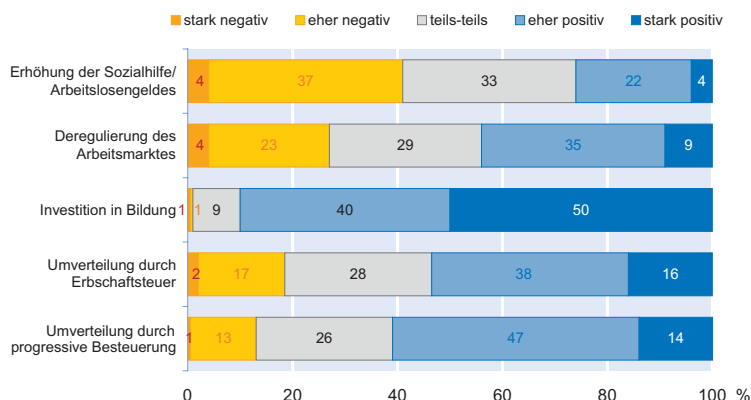
Optionale Kommentare

Die Teilnehmer hatten am Ende des Fragebogens zudem die Möglichkeit, einen optionalen Kommentar zur gegenwärtigen Ungleichheitsdebatte abzugeben. Ein Großteil der Kommentare mahnte dabei an, dass Ungleichheitsdebatten differenzierter geführt werden müssten. So kommt es bei einer Beurteilung der Situation maßgeblich auf die Definition und die damit verbundene Messung von Einkommen und Vermögen an.

Abb. 3

Verbesserung der ökonomischen Situation der unteren Einkommensgruppen

Welchen Effekt haben Ihrer Meinung nach die folgenden Maßnahmen zu Verbesserung der ökonomischen Situation der unteren Einkommensgruppen?



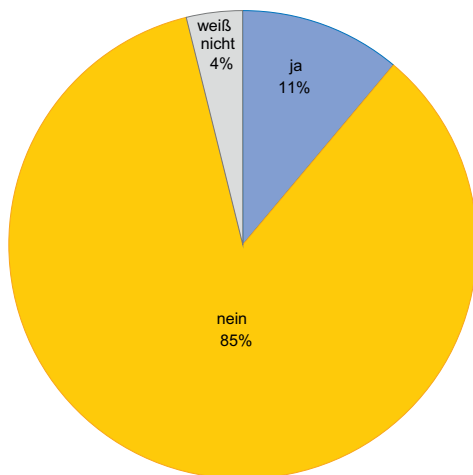
Quelle: Ökonomenpanel April 2016.

Fragen und Ergebnisse der Mai-Umfrage

In der Mai-Umfrage des Ökonomenpanels von ifo und FAZ wurden Professoren für Volkswirtschaftslehre an deutschen Universitäten zum bevorstehenden Referendum über einen möglichen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union befragt.

Abb. 5
Ausscheiden Großbritanniens aus der EU

Würden Sie ein Ausscheiden Großbritanniens aus der EU befürworten?



Quelle: Ökonomenpanel Mai 2016.

Das Referendum über einen möglichen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union (EU) wird am 23. Juni 2016 in Großbritannien durchgeführt. Gegenwärtige Meinungsumfragen sehen ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den Befürwortern und Gegnern eines sogenannten Brexit, vor dessen Folgen zahlreiche Politiker warnen. Auch viele Ökonomen, wie ifo-Präsident Clemens Fuest, sprechen sich gegen einen Austritt Großbritanniens aus der EU aus. In der Umfrage des Ökonomenpanels wurden die Ökonomen zum Brexit, zur Zukunft Deutschlands in der EU sowie zur Zukunft der EU im Allgemeinen befragt. Die Rücklaufquote betrug 25,3%. 97,6% der Teilnehmer beantworteten dabei den Fragebogen vollständig.

Eine absolute Mehrheit von 85% der Teilnehmer der im Ökonomenpanel befragten Professoren lehnt einen Austritt Großbritanniens aus der EU ab. Lediglich 11% würden ein Ausscheiden Großbritanniens befürworten; 4% sind sich unsicher (vgl. Abb. 5).

Im Fall eines Brexits erwarten die Teilnehmer in der langen Frist ökonomische Nachteile – sowohl für die britische als auch für die deutsche Wirtschaft. So verbinden 86% der Teilnehmer mit einem möglichen Ausscheiden Großbritanniens aus der EU geringe bis starke ökonomische Nachteile für die britische Wirtschaft. Lediglich 4% versprechen sich dadurch geringe bis starke ökonomische Vorteile. Auch im Hinblick auf die deutsche Wirtschaft wird ein möglicher Austritt Großbritanniens vermehrt nachteilig beurteilt. 77% der Teilnehmer erwarten dadurch geringe bis starke ökonomische Nachteile. 20% können keine klaren Vor- oder Nachteile für die deutsche Wirtschaft erkennen.

Im Hinblick auf die Frage nach einem möglichen Austritt Deutschlands aus der EU sind sich die befragten Ökonomen überwiegend einig. So lehnt mit 93% eine absolute Mehrheit der Teilnehmer diese Option ab. Lediglich 4% würden ein Ausscheiden Deutschlands befürworten; 3% sind sich unsicher (vgl. Abb. 6).

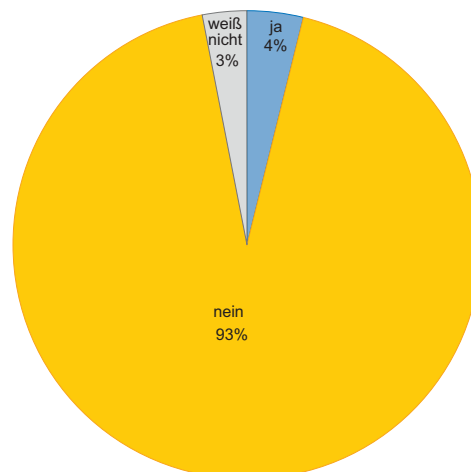
Dabei stehen nach Ansicht der Ökonomen für Deutschland nicht nur die wirtschaftlichen Vorteile einer EU-Mitgliedschaft im Vordergrund. Die Mehrheit der Teilnehmer würde eine EU-Mitgliedschaft Deutschlands auch dann voll und ganz bzw. eher befürworten, wenn die deutsche Wirtschaft nicht von dieser profitieren würde (67%). Lediglich 20% der Teilnehmer stimmen dieser Aussage eher bzw. überhaupt nicht zu (vgl. Abb. 7).

Die Ökonomen wurden weiterhin zu ihrer generellen Einschätzung zur Zukunft der EU befragt. Dabei konnten sie auf einer zehnstufigen Skala zwischen der Möglichkeit einer weitergehenden Vertiefung der politischen Integration in Europa mit einer vermehrten Kompetenzübernahme durch die EU (0) bis hin zu einer Ablehnung dieser Vertiefung mit einer vermehrten Rückübertragung von Kompetenzen an die Nationalstaaten (10) wählen. Die Antworten der Teilnehmer fielen an dieser Stelle ausgeglichen aus. Der Mittelwert liegt bei 4,91.

Die Ökonomen wurden weiterhin befragt, ob sie das Modell der »Vereinigten Staaten von Europa« längerfristig für passend erachten. Die Antworten der Teilnehmer lassen hierbei keine klare Tendenz erkennen. So halten 45% der Teilnehmer dieses Modell für prinzipiell gut; 37% finden es dagegen grundsätzlich ungeeignet. 18% der Teilnehmer treffen keine klare Aussage dazu.

Abb. 6
Ausscheiden Deutschlands aus der EU

Würden Sie ein Ausscheiden Deutschlands aus der EU befürworten?

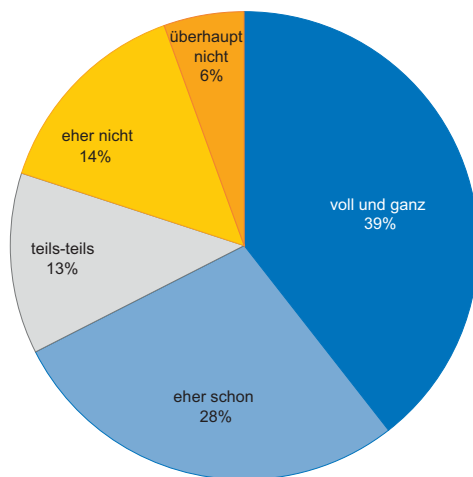


Quelle: Ökonomenpanel Mai 2016.

Abb. 7

EU-Mitgliedschaft und die deutsche Wirtschaft

Inwieweit stimmen Sie der Aussage zu oder nicht:
Selbst wenn die deutsche Wirtschaft nicht von einer EU-Mitgliedschaft profitiert, würde ich eine EU-Mitgliedschaft trotzdem befürworten, damit Europa enger zusammenwächst.



Quelle: Ökonomenpanel Mai 2016.

Zugleich lehnt die Mehrheit der Teilnehmer die Schaffung eines EU-Finanzministeriums mit einem eigenen Budget, politischen Durchgriffsrechten und einer gemeinsamen Verschuldungsmöglichkeit ab. So sprechen sich 58% der Teilnehmer gegen diese Idee aus, während immerhin noch 27% ein gemeinsames EU-Finanzministerium befürworten würden. 15% der Teilnehmer sind sich bei dieser Frage unsicher.

Wie sicher sind sich die Befragten bei ihren Antworten?

Bei den meisten Fragen, insbesondere bei denen zu einem möglichen Ausstieg Großbritanniens aus der EU sowie den damit verbundenen ökonomischen Folgen für Großbritannien und Deutschland, hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, auf einer Skala von 0 bis 10 anzugeben, wie sicher sie sich bei ihrer Bewertung sind. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Teilnehmer bei ihren Einschätzungen im Mittel relativ sicher waren. In der Frage zu einem Ausstieg Großbritanniens aus der EU erreichte die durchschnittliche Sicherheitseinschätzung einen Wert von 8,6. Bei der Bewertung der ökonomischen Auswirkungen eines Ausscheidens Großbritanniens lag der Mittelwert bei einer Fokussierung auf die britische Wirtschaft bei 7,6 und im Hinblick auf die deutsche Wirtschaft bei 7,5. Besonders sicher waren sich die Teilnehmer bei der Frage nach einem möglichen Ausstieg Deutschlands aus der EU. An dieser Stelle erreichte die durchschnittliche Sicherheitseinschätzung einen Wert von 9,2.

Sowohl die Teilnehmer, die gegen einen möglichen Brexit (9,0) sind, als auch diejenigen, die für die britische Wirtschaft (8,11) sowie die deutsche Wirtschaft (8,37) starke ökonomische

Nachteile von einem Ausstieg Großbritanniens aus der EU erwarten, waren sich am sichersten. Die durchschnittliche Sicherheitseinschätzung war auch bei den Teilnehmern höher, die einen Ausstieg Deutschlands aus der EU ablehnen (9,37). Gewichtet man die Antworten entsprechend dem geäußerten Sicherheitsgrad der Teilnehmer, so erhöht sich die Ablehnung eines Ausstiegs Deutschlands aus der EU von 93% auf 95%. Die Zustimmung zu einem möglichen Ausstieg verringert sich dagegen von 4% auf 3%.

Optionale Kommentare

Die meisten optionalen Kommentare führten aus, dass zwischen den ökonomischen und den politischen Folgen eines Brexits unterschieden werden muss. Während die ökonomischen Auswirkungen überwiegend als negativ angesehen werden, gibt es hinsichtlich der politischen Konsequenzen durchaus verschiedene Meinungen bei den Teilnehmern. So sehen einige in einem Brexit die Chance, die EU in ihrer Gesamtheit, aber auch insbesondere im Hinblick auf ihren bisherigen Integrationsprozess, zu reformieren. Andere wiederum warnen vor einer Destabilisierung bis hin zu einem vollständigen Auseinanderbrechen der Union. Im Allgemeinen hängen die Effekte nach Meinung der Ökonomen vor allem von der zukünftigen Entwicklung der EU sowie der weiteren Beziehung zwischen der EU und Großbritannien nach dem Referendum ab.

Im Hinblick auf die Zukunft der EU geht aus den meisten Kommentaren hervor, dass die bisherige Konzeption der EU und des Euroraums in jedem Fall reformiert werden sollte. In welche Richtung dieser Reformprozess allerdings laufen sollte, darüber herrscht – wie bereits bei den Fragen – Uneinigkeit bei den Kommentaren. So spricht sich ein Teilnehmer für die Vereinigten Staaten von Europa als »ein konstitutionelles Ziel für die lange Frist« aus, während ein anderer Teilnehmer dagegen ein »Europa der Vaterländer« als »richtiges Modell« befürwortet.